

# Postkommunistischer Geschichtsrevisionismus

## Die Verklärung der SED-Diktatur

*Norman Bock*



Norman Bock

### **Zusammenfassung**

Seit geraumer Zeit sind historische Legendenbildungen nicht allein Akteuren aus dem rechts-extremistischen Umfeld zuzuordnen. Ein heterogenes Netzwerk aus Parteien, Stiftungen, Verlagen und Vereinen arbeitet zielgerichtet an der Umschreibung der DDR-Geschichte. Die Protagonisten rekrutieren sich zum überwiegenden Teil aus „abgewickelten“ Gesellschaftswissenschaftlern, ehemaligen MfS-Funktionären und Mitarbeitern des Staats- und Parteiapparates. Ihre Darstellungen widersprechen nicht nur dem aktuellen Forschungsstand, sie zielen augenscheinlich auf die Überwindung der demokratischen Ordnung.

Zeitgeschichte hat sich in Deutschland nicht nur als wissenschaftliche Disziplin etabliert, sie erfuhr in den letzten zwei Jahrzehnten eine beachtliche Konjunktur. Neben zahlreichen Fachpublikationen und Forschungsprojekten zeugen heute aufwendige TV-Produktionen und Ausstellungen vom hohen Stellenwert zeitgeschichtlicher Themen. Dabei geht es nicht allein um die wissenschaftliche Verständigung, denn entsprechende Fragestellungen dienen den Akteuren nicht selten zum politischen Schlagabtausch. Ob Wehrmachtsausstellung, Goldhagen-Debatte oder die Diskussion um das Schwarzbuch des Kommunismus - Kontroversen um die jüngere deutsche Vergangenheit sind emotional aufgeladen und beschäftigen gleichermaßen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Sie erzeugen Geschichtsbilder, die für die politische Kultur des Staates von zentraler Bedeutung sind.

Michael Stürmer konstatierte während des Historikerstreits 1986/87, dass „derjenige die Zukunft gewinnt, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“<sup>41</sup> Rund ein Vierteljahrhundert später zeugen die Auseinandersetzungen um die Geschichte der DDR von der ungebrochenen Gültigkeit seiner Aussage. Obgleich die kritische Aufarbeitung des jüngsten Kapitels deutscher Vergangenheit große Fortschritte gemacht hat, sind Tendenzen zur Verklärung und Verdrängung unübersehbar. Flankiert von der gescheiterten Strafverfolgung und dem kurzen Gedächtnis einiger Zeitgenossen, verharmlosen ehemalige DDR-Funktionsträger den diktatorischen Charakter des SED-Regimes, das in einschlägigen Publikationen auf gesicherte Arbeitsplätze, niedrige Lebensmittelkosten und günstige Mieten reduziert wird. Legenden, etwa die

vom antifaschistischen Staat, dem Freiheitskämpfer Ernst Thälmann oder dem unfreiwilligen Anschluss an die imperialistische BRD, runden das Geschichtsbild der Genossen ab. Die folgenden Abschnitte vermitteln einen Einblick in die Organisationsstrukturen und Argumentationsmuster der Protagonisten. Unweigerlich stellt sich die Frage, ob ihre publizistischen Aktivitäten Anhaltspunkte für eine bestimmte Form von Geschichtsrevisionismus liefern.

## 1. Geschichtsrevisionismus von links?

Wie die Verklärung der DDR-Geschichte zeigt, sind historische Legendenbildungen nicht allein Akteuren aus dem rechtsextremistischen Umfeld zuzuordnen. Trotz unterschiedlicher politischer Intentionen sind zwischen den Erscheinungsformen linker und rechter Provenienz augenscheinlich Parallelen erkennbar. Durch die Verharmlosung oder Leugnung nationalsozialistischer bzw. kommunistischer Verbrechen, das Festhalten an der völkischen bzw. marxistisch-leninistischen Ideologie und den propagierten Kampf gegen das bestehende Gesellschaftssystem machen Protagonisten beider Lager regelmäßig auf sich aufmerksam. Dennoch existiert keine einheitliche Bezeichnung für ihre Geschichtsbilder. Der Begriff Geschichtsrevisionismus, der signifikant für publizistische Aktivitäten rechtsextremistischer Amateurhistoriker steht und auf den ersten Blick dafür geeignet scheint, birgt angesichts oberflächiger Definitionsangebote einige Probleme.

Der Begriff  
Geschichts-  
revisionismus

Seine etymologischen Wurzeln hat der Begriff im Lateinischen „revidere“, was mit „wieder ansehen“ im Sinne von „nochmals prüfen“ übersetzt wird. Demzufolge müsste Revisionismus gerade in der Geschichtswissenschaft, deren Tagesgeschäft das Überarbeiten und Ergänzen ist, eine positive Konnotation erfahren. Jedoch scheint der Gebrauch im klassischen Wissenschaftsverständnis vollständig von der akademischen Bildfläche verschwunden zu sein. Revisionismus wird heute fast ausschließlich mit dem Vorwurf der Leugnung bzw. Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen assoziiert. Eine Charakterisierung von Brigitte Bailer-Galanda ist hierfür beispielhaft. Die Zeithistorikerin versteht unter Revisionismus „alle Bemühungen, Geschichte im Sinne einer Verharmlosung, Beschönigung, Rechtfertigung oder Entkriminalisierung des Nationalsozialismus für persönliche, vor allem aber politische Zwecke umzuschreiben bzw. durch Aufrechnung alliierter Grausamkeiten die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren“.<sup>2</sup> Sie subsumiert die Holocaustleugnung und andere pseudowissenschaftliche Inhalte unter einem Schlagwort, ohne methodisch zu differenzieren. Die Frage nach der Abweichung von wissenschaftlichen Erkenntnissen tritt in den Hintergrund, ein Umstand, der die nüchterne Analyse unterschiedlicher Erscheinungsformen verhindert und den Revisionismusbegriff auf eine pauschale Anklagefunktion reduziert.

In Anbetracht defizitärer Definitionsangebote avancierte die Bezeichnung zu einem zentralen Element im Sprachgebrauch der politischen Linken, die ihn im weitesten Sinne interpretiert, um eine Kontinuität reaktionären Denkens bis in die politische Mitte hinein zu konstruieren. Ihre Vertreter, die sich in Organi-

sationen wie dem Bund der Antifaschisten oder diversen marxistischen Arbeitskreisen zusammenfinden, kennzeichnen mit dem Begriff nicht allein rechtsextremistische Schriften, sondern jede Form von Geschichtsschreibung, die vermeintlich konservative Positionen vertritt. Sie fordern einen antifaschistischen Konsens, der innerhalb der Historiographie die Funktion einer ideologischen Richtschnur erfüllt. Damit bemisst sich Geschichtsrevisionismus nicht mehr an wissenschaftlichen Anforderungen oder dem Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat. Der antifaschistische Mythos wird zum Gradmesser. Er verschafft der Historiographie eine moralisierende Ausrichtung, die Frageverbote impliziert und mitunter inquisitorische Züge gegenüber Abweichlern annimmt.

Die dargelegten Entwicklungen erschweren die wissenschaftliche Anwendbarkeit des Revisionismusbegriffs. Lediglich die Verfassungsschutzämter bemühen sich um eine pragmatische Kategorisierung. Sie unterscheiden zwischen Geschichtsrevisionismus im „engeren“ und „weiteren“ Sinn, wodurch der strafrechtlich relevante Tatbestand der Holocaustleugnung (§ 130 StGB) von anderen Erscheinungsformen abgegrenzt wird.<sup>3</sup> Um die mannigfaltigen, ideologisch eingefärbten Geschichtsbilder verschiedener politischer Lager zu erfassen, ohne pejorative Pauschalisierungen vorzunehmen, bedürfen die Kriterien einer Neukonturierung. Die Herangehensweisen der Autoren (verharmlosen, leugnen, bzw. rechtfertigen historischer Umstände) legen eine prinzipielle Unterscheidung zwischen „relativierendem“, „negationistischem“ und „apologetischem“ Geschichtsrevisionismus nahe. Durch die Verbindung mit den entsprechenden Attributen wird sofort deutlich, in welcher Art und Weise die Geschichtsfälscher, gleich welcher Couleur, vom Forschungsstand abweichen. Der Blickwinkel vermeidet die inhaltliche Überdehnung des Revisionismusbegriffs, der in klar definierten Kategorien nicht länger als politischer Kampfbegriff taugt. Problematische Assoziationen, etwa Geschichtsrevisionisten grundsätzlich mit Holocaustleugnern wie David Irving oder Paul Rassinier in Verbindung zu bringen, bleiben aus, da nicht die politische Orientierung, sondern die Methodik der Akteure im Vordergrund steht.

prinzipielle Unterscheidung zwischen „relativierendem“, „negationistischem“ und „apologetischem“ Geschichtsrevisionismus

Der entpolitisierte Revisionismusbegriff vermeidet Pauschalisierungen und erlaubt es, unterschiedliche Verklärungen bezüglich der Geschichte des Nationalsozialismus, des Kommunismus oder anderer historischer Epochen pragmatisch zu erfassen, ohne unpräzise Vergleiche auf qualitativer Ebene vorzunehmen. Bezogen auf Publikationen, die sich mit der Geschichte des SED-Regimes beschäftigen und durch Verharmlosen, Leugnen oder Rechtfertigen von fundamentalen wissenschaftlichen Erkenntnissen abweichen, bedeutet das Folgende: Eine Bezeichnung als Geschichtsrevisionismus von links ist konsequent und legitim, sofern der Begriff wertfrei, unter methodischen Gesichtspunkten, verstanden wird.

## 2. Repräsentanten: Parteien

Die Träger revisionistischer Geschichtsbilder organisieren sich in einer Vielzahl von Vereinen, Verlagen, Stiftungen und Parteien. DIE LINKE besitzt innerhalb

DIE LINKE

dieses Netzwerkes eine Sonderstellung, denn abgesehen von wenigen Ausnahmen agieren die Autoren einschlägiger Schriften unmittelbar in ihrem Umfeld. Die Partei selbst präsentiert sich erfolgreich als Sprachrohr ostdeutscher Interessen. Durch die Verschärfung wirtschaftlicher Probleme und die damit einhergehende soziale Verunsicherung fällt der Sozialpopulismus der Genossen auf fruchtbaren Boden. Mit dem charismatischen Dreigestirn um Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Lothar Bisky an der Spitze konnte die Partei während der letzten beiden Jahre auch in zwei westdeutschen Flächenländern Fuß fassen. Forderungen nach Abschaffung der Hartz-Gesetze, der Einführung von Mindestlöhnen und gebührenfreier Bildung bahnten ihr 2008 den Weg in die Landesparlamente von Hessen und Niedersachsen.

Mit wirtschaftspolitischen Versprechen, die unter dem Slogan „Kampf für soziale Gerechtigkeit“ an den Wähler herangetragen werden, verbindet DIE LINKE nach wie vor den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Einen Tag bevor die Partei aus der Fusion zwischen LINKSPARTEI und WASG hervorging, am 15. Juni 2007, konstatierte ihr Vorsitzender Lothar Bisky: „Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben. Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“<sup>4</sup>

Bei der programmatischen Realisierung des Unterfangens spielt die Interpretation der Vergangenheit eine entscheidende Rolle. Dabei tut sich die Partei keinesfalls leicht. Die halbherzige Aufarbeitung der Geschichte des „realen Sozialismus“ resultiert augenscheinlich aus dem Spagat zwischen den Zielen, ihre sozialistische Identität zu bewahren und Koalitionspartner auf Bundes- und Länderebene zu gewinnen. Das betrifft speziell das Verhältnis zur SPD, wie der interne Streit um die Zwangsvereinigung von KPD und SPD im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 gezeigt hat. Zaghafte Veränderungen der Geschichtsarbeit sind fast ausschließlich strategischen Überlegungen geschuldet. Bis zur Gegenwart hat sich die Partei nicht ernsthaft ihrer eigenen Vergangenheit gestellt. In den Diskussionen um die Verfolgung Andersdenkender, den Mauerbau, die Toten an der Grenze, die ökonomische Krise und andere Fehlentwicklungen verweisen die Genossen fortwährend auf „historische Umstände“, etwa die Bedrohung der DDR während des Kalten Krieges. Die marxistisch-leninistische Ideologie stellen sie nicht in Frage. Der legitime Versuch, eine „bessere antifaschistische Gesellschaft“ aufzubauen, sei im Wesentlichen an den Fehlern der unfähigen politischen Führung gescheitert. Damit reduziert DIE LINKE ihre Aufarbeitung auf die Analyse defekter Machtmechanismen, eine Notwendigkeit, um sozialistische Perspektiven einschließlich des eigenen Fortbestehens zu rechtfertigen. Die Argumentationsmuster skizzieren lediglich einige zentrale Aspekte postkommunistischer Vergangenheitsbewältigung. Wer sich näher mit dem Thema beschäftigt, stößt unweigerlich auf Differenzen zwischen den einzelnen Gruppierungen rund um die Partei.

Vereinfachungen und apodiktische Urteile sind im Rahmen einer sachlichen Analyse nicht angebracht. Bereits Mitte der 1990er Jahre bezeichnete der SPD-

Politiker Wolfgang Thierse die PDS als Chamäleon, womit er auf die heterogene Zusammensetzung des Parteimilieus anspielte. Obgleich die Parteispitze seinerzeit ankündigte, mit den Dogmatikern zu brechen, hat sich an dieser Situation bis zur Gegenwart kaum etwas geändert. Während die Führungsriege um ein modernes, liberales Image bemüht ist und sich partiell vom ideologischen Erbe der SED distanziert, vertreten Partei-Fundamentalisten wie die Kommunistische Plattform (KPF) oder das Marxistische Forum (MF) rückwärtsgewandte Positionen, mit denen sie DDR-nostalgische Klientel bedienen.

Kommunistische Plattform (KPF)

Laut Satzung will die KPF „kommunistisches Gedankengut in der PDS stärker zum Wirken bringen“ und dabei „ein breites Bündnis mit kommunistischen Parteien, Gruppen, Zusammenschlüssen und Kräften“ auf die Beine stellen.<sup>5</sup> In den Debatten um die jüngste deutsche Vergangenheit betreiben ihre Mitglieder konsequent die Verherrlichung der SED-Diktatur. Bis heute weigern sie sich, den Mauerbau oder die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 zu verurteilen. Allen voran Sahra Wagenknecht, die im Vorstand der LINKEN die Interessen der KPF vertritt, sorgt mit revisionistischen Stellungnahmen regelmäßig für Aufsehen. Bereits 1992 erklärte sie in einem Aufsatz, dass die „Konterrevolution des Herbstes 1989“ ein „gravierender, ein qualitativer gesellschaftlicher Rückschlag“, resultierend aus der „imperialistischen Strategie“ der Entspannungspolitik, gewesen sei.<sup>6</sup> Die dogmatischen Klassenkampfparolen der bekennenden Stalinistin sind jedoch nur den reformorientierten Kräften ein Dorn im Auge. Dank des pluralistischen Prinzips, das fest in der Satzung der LINKEN verankert ist, sind orthodoxe Positionen durchaus salonfähig.

Von der innerparteilichen Demokratie profitiert ebenso das Marxistische Forum, eine Vereinigung ehemaliger SED-Funktionäre, die sich im Mai 1995 gegründet hat, um der marxistischen Gesellschaftsanalyse mehr Geltung zu verschaffen und DIE LINKE als antikapitalistische Partei weiterzuentwickeln. Zu seinen Protagonisten gehören unter anderem Uwe-Jens Heuer, ehemaliger Mitarbeiter am Institut des Staats und des Rechts der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR, Klaus Höpcke, ehemaliger Vizekulturminister der DDR, und Kurt Pätzold, einer der prominentesten Vertreter marxistisch-leninistischer Faschismusforschung. In ihren Publikationen, der *Gelben Reihe* und den *Marxistischen Leseheften*, beschäftigen sie sich vorrangig mit theoretischen Fragen. Daneben widmen sich die Autoren der „marxistischen Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte. Erst im November 2008 trafen Vertreter des Marxistischen Forums Sachsen unter dem Motto „Erinnerungsschlacht“ zu einer Arbeitskonferenz in Leipzig zusammen. Die Ergebnisse der Tagung, Beiträge wie „Ausbruch aus dem Kapitalismus“, „Die Konterrevolution auf Filzlatschen“ oder „Wird die DDR-Geschichte verklärt? Antikommunismus nach Lehrplan?“, die sich gegen die kritische Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit richten, erschienen kurze Zeit später in der Schriftenreihe *Marxistisches Forum*.<sup>7</sup> In apologetischem Duktus verklären die Autoren das SED-Regime. Sie wollen DIE LINKE als revolutionäre Partei nach marxistischem Zuschnitt legitimieren.

Marxistisches Forum

Neben der LINKEN und ihren internen Gruppierungen existieren zwei kleinere Parteien, die sich aus antifaschistischer Traditionspflege gegen die kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte wenden. Zu ihnen gehört die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost), die sich im Januar 1990 gründete, als die neue

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost)

Führungsspitze der SED/PDS die Abkehr von der Ideologie des Marxismus-Leninismus proklamierte. Laut ihres Programms vom April 2007 orientiert sich die Partei an „dem schöpferischen und vorbildlichen Wirken solcher führenden Persönlichkeiten“ wie „August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Max Reimann und Erich Honecker“.<sup>8</sup> Ihr Zentralorgan, die *Rote Fahne*, bietet dem Leser neben Stellungnahmen zum politischen Geschehen regelmäßig historische Beiträge, etwa zur Oktoberrevolution, der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung oder zur DDR. In der Ausgabe vom Mai 2009 heißt es anlässlich des 60. Jahrestages ihrer Gründung: „Die DDR garantierte ihren Bürgern wirkliche Freiheit – Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Freiheit von Krieg, von Not und Elend, Freiheit von Arbeitslosigkeit, Freiheit von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot.“ Daher wende sich die Partei konsequent „gegen jegliche verfälschende und lügnerische Schilderung bzw. Wertung historischer Tatsachen“, etwa „die Legende vom Verfall des Sozialismus durch Implosion“. [...] „Was die Frage nach demokratischen Rechten und Freiheiten der Bürger anbetrifft, so weist die Kommunistische Partei Deutschlands alle verleumderischen Etikettierungen der DDR als Beleidigung ihrer Bürger zurück.“<sup>9</sup>

Deutsche  
Kommunistische  
Partei (DKP)

Ähnliche Ansichten vertritt die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Als bundesdeutscher „Ableger“ der SED war sie organisatorisch wie finanziell stark von der DDR abhängig. Mit der Wiedervereinigung verlor sie an Bedeutung, bekennt sich aber nach wie vor zum Marxismus-Leninismus. Vom veralteten Parteiprogramm aus dem Jahre 1978, das seinerzeit auf den stabilen Sowjetkommunismus ausgerichtet war, verabschiedeten sich die Mitglieder erst auf dem Duisburger Parteitag im April 2006. Jedoch birgt das neue Programm keine fundamentalen Veränderungen. Die Genossen verweisen auf die Tradition „der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands“. Danach vereinigen sich in der DKP „Erfahrungen des Kampfes gegen die Spaltung Deutschlands und gegen die Remilitarisierung, des Aufbegehrens der 68er Bewegung und der Klassenkämpfe in der Alt-Bundesrepublik mit den Erfahrungen des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Sozialismus in der DDR“, den die Mitglieder klar befürworten.<sup>10</sup> Neben der Beteiligung an Streiks und Gewerkschaftskampagnen versucht die Partei, auf parlamentarischer Ebene gemeinsam mit der LINKEN zu agieren. Ungeachtet dessen ist das Verhältnis zwischen beiden Akteuren gespannt. Erst Anfang 2008 sorgte Christel Wegner, die als DKP-Mitglied für DIE LINKE im niedersächsischen Landtag sitzt, für einen Eklat: Sie plädierte für die Wiedereinführung der Staatssicherheit. Aus Angst vor einem nachhaltigen Imageschaden forderten führende Bundespolitiker der LINKEN das Ende der Zusammenarbeit.

Marxistisch-  
Leninistische Partei  
Deutschlands  
(MLPD)

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) erweckt auf Grund ihres Namens den Anschein, revisionistische Positionen bezüglich der DDR-Geschichte zu vertreten, spielt aber im Rahmen der vorliegenden Fragestellung keine Rolle. Die originär westdeutsche Partei, 1982 als Nachfolgeorganisation des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD) gegründet, orientiert sich am „wahren Sozialismus“, den sie primär mit dem Stalinismus assoziiert. In den spärlichen publizistischen Bezügen gilt die DDR, sofern sie überhaupt erwähnt wird, als entarteter Sozialismusversuch.

### 3. Repräsentanten: Vereine

Nach der friedlichen Revolution entstanden im Osten der Republik Vereine, deren Engagement vordergründig darauf abzielt, den Vereinigungsprozess zu ächten und der unrühmlichen Geschichte des „realen Sozialismus“ den fehlenden nostalgischen Glanz zu verleihen, allen voran die *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)*. Die 1991 gegründete Organisation verfügt über 40 Ortsverbände mit rund 3500 Mitgliedern. Zu ihnen gehören auch Uwe-Jens Heuer und Siegfried Prokop, die gleichzeitig für das Marxistische Forum tätig sind. Laut Satzung will der Verein einen Beitrag „zur umfassenden Verwirklichung und zum aktiven Schutz der Grund- und Menschenrechte der Bürger sowie ihrer Menschenwürde, insbesondere auch im Prozess der deutschen Einheit“ leisten.<sup>11</sup> Ein Blick auf die Aktivitäten offenbart, was sich hinter der oberflächlichen Beschreibung verbirgt: Eine Interessengemeinschaft aus „abgewickelten“ Geisteswissenschaftlern und Parteifunktionären kämpft um ihre verlorene Privilegien und Versorgungsansprüche. Ihr Angriff auf „Rentenstrafrecht“ und „Siegerjustiz“ geht mit der Rechtfertigung ihres eigenen Handelns und der Legitimation des politischen Systems der DDR einher. Dabei bedienen sich die Funktionäre vielfältiger Instrumente. In regelmäßigen Abständen erscheinen die beiden hauseigenen Publikationen *Akzente* (monatlich) und *Icarus* (vierteljährlich). Während die Mitgliederzeitung *Akzente* vorrangig über Konferenzen und Reisen des Vereins berichtet, wartet das Theoriorgan *Icarus* mit Beiträgen zum politischen Geschehen auf.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)

Daneben organisiert der Verein diverse Arbeitskreise, die durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen an die Öffentlichkeit treten. Erst im April 2008 sorgte das Berliner Alternative Geschichtsforum für Aufsehen. Der Arbeitskreis veröffentlichte eine kritische Stellungnahme zum Gedenkstätten-Konzept der Bundesregierung. In dem Dokument, das der GBM-Vorstand an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Präsidenten des Deutschen Bundestages Norbert Lammert übermittelte, reihen sich gleich mehrere historische Schief lagen aneinander. Die Verfasser halten nicht nur konsequent am antifaschistischen Gründungsmythos der DDR fest, sie verschweigen die Menschenrechtsverletzungen und betonen die Rechtsstaatlichkeit der zweiten deutschen Diktatur. Mit der Bundesrepublik und dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung gehen sie hart ins Gericht. Sie verweisen auf die „Opfer der Kolonialisierung Ostdeutschlands“, die „Enteignung von Volks- und Privateigentum“ und die „Liquidierung sozialer Menschenrechte in der Folge von Massenarbeitslosigkeit“.<sup>12</sup> In den Veröffentlichungen des Vereins stehen Widersprüche zwischen Ost und West, ob vor oder nach 1990, fortwährend im Fokus. Dabei firmiert die DDR als soziales Paradies mit hoher Lebensqualität, eine Darstellung, die nostalgische Sehnsüchte weckt und Vorurteile schürt.

In den vergangenen Jahren haben sich der GBM weitere Gleichgesinnte angeschlossen, etwa das *Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS* (Insiderkomitee) oder die *Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH)*, zwei Organisationen, die gegen die Erinnerung an die Verbrechen des SED-Regimes mobil machen. Die 1993 ge-

Gesellschaft zur  
rechtlichen und  
humanitären  
Unterstützung e.V.  
(GRH)

gründete GRH hat ihre Geschäftsstelle am Berliner Franz-Mehring-Platz, im Gebäude des *Neuen Deutschland*, des ehemaligen SED-Zentralorgans. Nach eigenen Angaben wendet sich die Vereinigung „gegen politische Strafverfolgung und Kriminalisierung von DDR-Bürgern“, insbesondere Angehörigen der Justiz und der bewaffneten Organe, denen aufgrund ihrer Beteiligung an Repressionen gegenüber Andersdenkenden die Versorgungsansprüche gekürzt oder gestrichen worden. Innerhalb des Vereins operiert die „Arbeitsgemeinschaft Sicherheit“, der hauptsächlich ehemalige Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) angehören. Der prominenteste von ihnen ist Wolfgang Schwanitz, der mehrere Jahre als Stellvertreter von Erich Mielke fungierte und diesen 1989 für kurze Zeit in seiner Position beerbte. Mit weiteren MfS-Führungskräften, etwa Ex-Generaloberst Werner Großmann oder Ex-Generalleutnant Gerhard Neiber, geht der letzte Chef der DDR-Staatssicherheit seit einigen Jahren in die Offensive. Im Jahre 2002 entstand ein umfangreicher Doppelband, in dem die Autoren betont sachlich über die Notwendigkeit ihrer „politisch-operativen Arbeit“ berichten, Zersetzungsmaßnahmen rechtfertigen und Misshandlungen leugnen.<sup>13</sup> Weitere Publikationen werden auf der Internetseite des GRH angeboten.

Seit geraumer Zeit beschränkt sich die GRH nicht mehr auf publizistische Aktivitäten. Der Verein richtet seine Provokationen gezielt gegen die Birthler-Behörde und Gedenkstätten, die an das von MfS-Mitarbeitern begangene Unrecht erinnern. Im März 2006 kam es auf einer Bürgerversammlung in Berlin-Hohenschönhausen zum Eklat. Anlass war die geplante Aufstellung von Schautafeln, die über die Vergangenheit der gleichnamigen MfS-Untersuchungshaftanstalt informieren sollten. Den Beginn der Veranstaltung, zu der sich unversehrt mehr als 200 ehemalige MfS-Offiziere eingefunden hatten, bildeten einige Impulsreferate. Nachdem diese, gestört von zahlreichen Zwischenrufen, ihr Ende fanden, gingen die Genossen in die Offensive und forderten die Schließung der Gedenkstätte. Der ehemalige MfS-Hauptabteilungsleiter Dieter Skiba bezichtigte die wissenschaftliche Leitung um Hubertus Knabe, ein „Gruselkabinett“ zu betreiben. Andere Funktionäre attackierten ehemalige Häftlinge, die sich unter den Anwesenden befanden.

Der Vorfall in Berlin-Hohenschönhausen verdeutlicht einen Trend: Die Verbreitung sozialistischer Legenden hat in den letzten Jahren eine ungeahnte Renaissance erlebt. Interessengemeinschaften wie die GRH agieren in Anbetracht der gescheiterten Strafverfolgung in zunehmendem Maße selbstbewusster und aggressiver. Die Verherrlichung der DDR und der Rückgriff auf ihre ideologischen Traditionsbestände erfolgen dabei in erster Linie aufgrund persönlicher Verstrickungen.

Insiderkomitee zur  
Förderung der  
kritischen  
Aneignung der  
Geschichte des MfS

Das 1992 entstandene Insiderkomitee, das seit 1997 als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der GBM fungiert und über keinen eigenen Rechtsstatus verfügt, vertritt fast ausschließlich die Interessen ehemaliger MfS-Mitarbeiter. Im Gegensatz zur GRH spielen Angehörige der Grenztruppen, der Justiz oder anderer Organe nur eine untergeordnete Rolle. Nach eigenen Angaben wendet sich das Insiderkomitee „gegen Diskriminierung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen Ostdeutschlands“. Dabei lautet die präzise Zielstellung „Wir wollen vor allem die historischen Wurzeln der Sicherheitspolitik des realsozialistischen Systems in der DDR ergründen“, „Grundlagen und Grenzen der Tätigkeit des MfS

untersuchen“, „die Konfrontation zwischen uns und den Betroffenen unserer Tätigkeit abbauen helfen“ und „den ehemaligen Mitarbeitern und IM (Inoffiziellen Mitarbeitern) durch eine sachliche und kritische Bewertung ihrer Handlungen den Weg zu neuen Erkenntnissen ebnen“.<sup>14</sup>

Das Insiderkomitee konzentriert sich im weitläufigen Sinne auf Öffentlichkeitsarbeit, das heißt die Organisation von Veranstaltungen, die Veröffentlichung von Erklärungen und die Koordination von Leserbriefaktionen. Den Mitgliedern geht es um die Interpretation der MfS-Geschichte, nicht um materielle Ansprüche. Bei diesem Unterfangen ist der Internetauftritt [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de) Dreh- und Angelpunkt. Die Homepage informiert über das Profil des Insiderkomitees, sie berichtet über regelmäßig stattfindende Diskussionsabende, veröffentlicht Interviews und Stellungnahmen, gibt Literaturempfehlungen und verfügt über eine Artikelsammlung rund um das Thema Staatssicherheit. Die Beiträge, unter denen sich auch Leserbriefe und Vorträge befinden, stammen zum überwiegenden Teil aus Zeitungen des linken Spektrums, etwa dem *Neuen Deutschland* oder der *jungen Welt*. Viele Autoren sind Mitglieder der GBM oder GRH. Personelle Überschneidungen liegen nahe, obgleich bezüglich konkreter Zugehörigkeiten und Organisationsstrukturen keine exakten Angaben möglich sind. Wie andere einschlägig bekannte Gruppierungen versucht das Insiderkomitee, die „Abwehrarbeit“ der DDR-Sicherheitsorgane mit allen Mitteln zu rechtfertigen.

Eine Sonderfunktion besitzt die *Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)*. Der Verein unterstützt „natürliche Personen, die Hilfe benötigen, insbesondere ehemalige Angehörige der NVA, der Grenztruppen, der Volkspolizei und anderer Organe des MfI (Ministerium des Innern), der Stäbe und Schulen der Zivilverteidigung, des MfS/AfNS (Amt für Nationale Sicherheit) und der Zollverwaltung der DDR und deren Angehörige, sofern sie wegen ihrer früheren Tätigkeit Beschränkungen oder Verletzungen ihrer sozialen Rechte unterliegen“.<sup>15</sup> Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung um zusätzliche Rentenansprüche ehemaliger DDR-Staatsfunktionäre. Die Forderungen, die aus den Zusatz- und Sondervergütungssystemen der DDR resultieren, wurden vor dem Hintergrund des Rentenüberleitungsgesetzes sowie des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes für bestimmte Berufsgruppen wie hauptamtliche Mitarbeiter des MfS nicht in voller Höhe anerkannt. Die ISOR interpretiert die Regelung als politisch motivierten Willkürakt. Sie bietet ihren Mitgliedern nicht nur rentenrechtliche Beratung, sie versucht DIE LINKE für ihre Interessen zu vereinnahmen und pflegt enge Kontakte zu ihren Abgeordneten. Im Rahmen historischer Debatten tritt der Verband selten in Erscheinung. In den wenigen geschichtspolitischen Stellungnahmen ist keine kritische Distanz zur DDR und ihren Sicherheitsorganen erkennbar.

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)

#### 4. Fazit

Der Untergang der Deutschen Demokratischen Republik ging nicht mit dem Verlust marxistisch-leninistischer Gesellschaftsvorstellungen einher. Das ideo-

logische Erbe des Regimes begegnet uns heute in Form historischer Legenden und Fehlwahrnehmungen, kolportiert durch Parteien und Vereine, deren Mitglieder sich zum überwiegenden Teil aus ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Staatsapparates rekrutieren. Zur Rechtfertigung ihrer persönlichen Lebensarbeitsleistung schreiben sie die Geschichte nach altbewährten Deutungsmustern um. Um die zweite deutsche Diktatur als legitimen Sozialismusversuch zu interpretieren, bestreiten die Genossen in vielfältiger Weise historische Tatsachen. Sie verharmlosen, leugnen und rechtfertigen. Für alle drei Methoden liegen Beispiele vor. Der postkommunistische Geschichtsrevisionismus, gleich welcher Erscheinungsform, ist Teil einer politischen Strategie, die darauf abzielt, gescheiterte Gesellschaftsutopien als Zukunftsmodell zu präsentieren. In einem heterogenen Netzwerk kooperieren die Protagonisten eng miteinander, wobei personelle Überschneidungen keinen Seltenheitswert besitzen. Neben den vorgestellten Organisationen, die durch verschiedene Publikationen regelmäßig in Erscheinung treten, gibt es eine Vielzahl weiterer Akteure. Obgleich die vorliegende Untersuchung lediglich einen pragmatischen Überblick bietet, tritt ein wichtiges Strukturmerkmal offen zu Tage: DIE LINKE bildet den organisatorischen Kern revisionistischer Bestrebungen. Wer sich mit verklärenden Darstellungen zur DDR-Geschichte beschäftigt, stößt unweigerlich auf die SED-Nachfolgepartei.

## Anmerkungen

- 1 Michael Stürmer: Geschichte in einem geschichtslosen Land, in: FAZ vom 25. April 1986.
- 2 Brigitte Bailer-Galanda: »Revisionismus« - pseudowissenschaftliche Propaganda des Rechtsextremismus, in: Brigitte Bailer-Galanda/ Wolfgang Benz/ Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Die Auschwitzleugner, Berlin 1996, S. 19-37, hier S. 19.
- 3 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Bund 2007, Berlin 2008, S. 110.
- 4 Lothar Bisky: Wir sind gekommen, um zu bleiben. Rede des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS auf der 3. Tagung des 10. Parteitages am 15. Juni 2007 in Berlin, in: DISPUT, 6/2007, S. 55.
- 5 Satzung der Kommunistischen Plattform der PDS, in: Mitteilungen der KPF, 1/1993, S. 15.
- 6 Sahra Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus-Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter 4/1992, S.12-26.
- 7 Vgl. Marxistisches Forum, Heft 59, Erinnerungsschlacht. Arbeitskonferenz des MF Sachsen am 8. November 2008 in Leipzig.
- 8 Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), beschlossen vom 25. Parteitag der KPD am 21. April 2007.
- 9 Erklärung des ZK der KPD zum 60. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Rote Fahne 5/2009, S. 2.
- 10 Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), angenommen auf dem 17. Parteitag am 8. April 2006 in Duisburg.
- 11 Satzung der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), Fassung vom 18. Mai 2004.
- 12 Verordnetes DDR-Bild verzeichnet die Realität. Erklärung der GBM zum neuen Gedenkstätten-Konzept der Bundesregierung, übermittelt am 1. April 2008.
- 13 Vgl. Reinhard Grimmer/ Werner Irmeler/ Willi Opitz/ Wolfgang Schwanitz (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, 2 Bde., Berlin 2002.
- 14 Die Organisation beschreibt ihr Profil auf der Homepage [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de), Aufruf am 2. Juni 2009.
- 15 ISOR-Satzung, Paragraph 2 Abs. 1.